



# klartext:

infobrief der spd betriebsgruppe im lvr

Februar 08 | 15. Ausgabe

## »KOPFNOTE«: VERHEEREND!

### Rüttgers Halbzeitbilanz

Seit zweieinhalb Jahren regiert die schwarz-gelbe Koalition in NRW und klopft sich in ihrer Halbzeitbilanz zum Jahreswechsel selbstzufrieden auf die Schulter. Bleibt die Frage, wie Rüttgers Politik aus unserer Sicht zu werten ist. Was also hat der Ministerpräsident, der sich nach seinem Wahlsieg zum „Chef der größten Arbeitnehmerpartei“ ernannt hat, für die Beschäftigten in NRW getan? Wie ist seine Kommunalpolitik? Die Antworten fallen verheerend aus.

**1. VERWALTUNGSREFORM** Die groß angekündigte Verwaltungsreform entpuppt sich als reiner Etikettenschwindel. Angeblich aufgelöste Behörden wurden nur umbenannt oder bewährte und funktionierende Verwaltungseinheiten zerschlagen. Vorgeblich eingesparte Kosten wurden in Wahrheit auf die Kommunen abgewälzt. Dass die Umstrukturierungen rechtswidrig, da ohne Rücksicht auf die persönlichen Belange der betroffenen Beschäftigten, durchgezogen wurden, haben jetzt mehrere Verwaltungsgerichte entschieden.

**2. ÖFFENTLICHER DIENST** Die Wochenarbeitszeit der Beamten wurde erhöht, gleichzeitig das Urlaubsgeld gestrichen und das Weihnachtsgeld gekürzt. Und damit weitere geplante Sparmaßnahmen nicht von den Personalräten durchkreuzt werden, hat die Landesregierung das Landespersonalvertretungsgesetz geändert und die Mitbestimmung im öffentlichen Dienst zurechtgestutzt.

**3. REFORM DER GEMEINDEORDNUNG** Mit der Phrase »Privat vor Staat« rechtfertigt die Landesregierung die Beschneidung der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen. Dies führt dazu, dass sich private Dienstleister die wirtschaftlich attraktiven Geschäfte wie Rosinen heraus picken. Die unwirtschaftlichen Bereiche der Aufgabenerfüllung bleiben bei den Kommunen – und über höhere Gebühren letztlich beim Bürger – hängen.

**4. WAHLRECHTSÄNDERUNG** Durch die Abschaffung der Stichwahl bei der Wahl der Bürgermeister und den Verzicht auf eine vernünftige Sperrklausel schustert sich die Landesregierung ein Wahlrecht zusammen, das ihre eigenen Wahlchancen bei den Kommunalwahlen auf Kosten der Demokratie und der Arbeitsfähigkeit der Räte und Kreistage verbessern soll.

**5. KINDERBILDUNGSGESETZ** Trotz der Proteste aller Experten hält die Landesregierung an einem Gesetz fest, welches die Qualität der Kindereinrichtungen massiv verschlechtert. Gerade ärmere Kommunen werden sich künftig das fehlende Geld durch höhere Kindergartenbeiträge von den Eltern zurück holen müssen. KiBiz ist ein Spargesetz zu Lasten der Familien, der Erzieher und der Kommunen.

**6. HAUSHALTSPOLITIK** Systematisch verbessert die Landesregierung auf Kosten der Kommunen die eigenen Haushaltszahlen. Jüngstes Beispiel: Um den eigenen gesetzlich vorgesehenen Beitrag an der Finanzierung der Deutschen Einheit möglichst gering zu halten, hat die Landesregierung den Kommunen in NRW 450 Millionen Euro zu viel abverlangt. Erst das Verfassungsgericht NRW konnte die Landesregierung stoppen und hat jetzt bestimmt, dass diese Beträge zurückerstattet werden müssen.

**FAZIT** Die Politik der schwarz-gelben Regierung richtet sich gegen Kinder und Familien, gegen die Beschäftigten in NRW und gegen die Kommunen. An der Spitze steht ein Ministerpräsident, der dort, wo es ihn nichts kostet, also auf Bundesebene, das soziale Gewissen der CDU gibt und im eigenen Land eine Politik ohne Herz und Verstand verfolgt. *Andreas Hilden*

## ERZIEHUNGSCAMPS

### Was sagt die SPD-Fraktion?

Seit Tagen beschäftigen Meldungen zu Erziehungscamps die Öffentlichkeit. Speziell in NRW wird von Seiten der Landesregierung immer wieder auf ein vermeintliches Erziehungscamp in Bedburg-Hau hingewiesen. Nachdem klar gestellt wurde, dass es sich nicht um ein Camp US-amerikanischen Zuschnitts handeln soll, entsteht immer noch der Eindruck, es handele sich um eine geschlossene Einrichtung des Landes.

Die SPD stellt dazu klar: Bei der Einrichtung in Bedburg-Hau handelt es sich um eine klassische intensivpädagogische Einrichtung der Jugendhilfe. Bisher sind Plätze für acht straffällige Jugendliche zwischen zwölf und vierzehn Jahren vorgesehen. Kostenträger sind die belegenden Jugendämter, also die Kommunen, das heißt, das Land finanziert diese Einrichtung nicht. Es handelt sich in sofern um eine offene Einrichtung, als dass keine hohen Mauern oder Gitter vor den Fenstern geplant sind. Die Einrichtung arbeitet nach dem Prinzip »Menschen statt Mauern«. Es sieht vor, Weglaufen durch die stetige Anwesenheit von Betreuungspersonal, einen strukturierten Tagesablauf, körperliche Betätigung und eine reizarme Umgebung zu verhindern. Der Fokus liegt auf der Prävention; die Kürzungen der Landesregierung im Bereich der Jugendhilfe müssen dringend zurückgenommen werden.

*Dr. Jürgen Rolle, LVR-SPD-Fraktion*

## BESUCH IM MAX-ERNST-MUSEUM



Klasse, interessant, ganz neue Perspektiven, jeck, ungewohnt ... der Besuch der SPD Betriebsgruppe bei der Sonderausstellung »Para« von Neo Rauch fand große Resonanz. Unser Tipp: Neo Rauch im Gespräch mit Werner Spies; Sonntag, 24.2.08, 14.30 Uhr, 5,-/3,- Euro (zzgl. Eintritt). Bitte nutzen Sie den Vorverkauf unter Tel. 0 22 34 / 99 21 – 5 55 kulturinfo rheinland.

## NEU IM FRAKTIONSBURO ...



... ist **Leila Soumani** als Sekretärin.

Sie ist gelernte Sekretärin, hat zwei Kinder und ist seit 1990 beim LVR. Bis zum November 2007 war sie im Büro des Landesdirektors tätig und seitdem in der in der SPD-Fraktionsgeschäftsstelle.

Wir haben sie gefragt, was ihr bei der Arbeit am meisten Spaß macht: Kontakt zu vielen Menschen und selbständiges

Arbeiten. Sie sieht sich selbst als aufgeschlossen, humorvoll und spontan. Ihr Hobbys sind Musik, kochen, reisen und wandern. Ihr Motto: Mensch bleiben!

Die Klartextredaktion wünscht einen guten Start und viel Erfolg.

## MENSCHEN IN DER SPD – KENNEN SIE EIGENTLICH ...



... **Frithjof Berg** Geboren wurde ich 1949 in Brühl, wo ich auch heute noch lebe. Ich bin verheiratet und habe zwei inzwischen erwachsene Kinder. 1975 bin ich in die SPD eingetreten. Wie viele meiner Generation war ich von Willy Brandt begeistert und durch eine sehr aktive Juso-AG kam ich schnell mit kommunalpolitischen Themen wie Jugendzentrum, Stadtanierung und Verkehrsentwicklung in Berührung. So bin ich in der

Kommunalpolitik gelandet und auch heute noch im Rat der Stadt Brühl aktiv; in der dortigen SPD-Fraktion als stellvertretender Vorsitzender. Im Jahre 1966 kam ich zum Landschaftsverband. Nach einer Ausbildung für den gehobenen Dienst und verschiedenen Tätigkeiten bin ich heute im Fachbereich Personal und Organisation tätig. Hier leite ich die Abteilung Personal- und Organisationswirtschaft.

Bei einem guten Krimi finde ich ebenso Entspannung wie bei Mountainbiketouren durch die Ville oder am PC »rummachen«.

## WIE SIEHT'S AUS MIT DER GESTALTUNGSMehrheit?

**Ein gutes Jahr liegt hinter uns** Im Dezember hat die Landschaftsversammlung Rheinland den Kämmerer Harry Voigtsberger zum neuen Landesdirektor gewählt, der sowohl für die uns anvertrauten Menschen als auch für unsere Mitgliedskörperschaften für Kontinuität, Verlässlichkeit und Qualitätssicherung steht. Er wird sein neues Amt im Juni antreten.

**Das neue Jahr begann doppelt gut** Die Landschaftsversammlung entschied mit den Stimmen der Gestaltungsmehrheit von SPD, Grünen und FDP, dass Renate Hötte als Erste Landesrätin die Stellvertreterin des neuen Landesdirektors wird. Zudem wurde der Haushalt für 2008 eingebracht. Schon der Entwurf zeichnet das Bild einer kommunalfreundlichen Politik. Die Umlage soll um mindestens 0,8 Prozentpunkte gesenkt und Schulden abgetragen werden.

Bevor die Haushaltsberatungen in den Ausschüssen beginnen, lohnt ein Blick zurück auf einige ausgewählte Politikfelder:

**Umwelt: Nicht reden, sondern handeln** Mit dem Haushalt hatten wir uns das ambitionierte Ziel gesetzt, bis 2010 jährlich rund 5 % CO<sub>2</sub> weniger zu verursachen. Jetzt ist die Detailarbeit im Alltag des Gebäude- und Liegenschaftsmanagements gefragt. So werden Neubauten künftig nur noch als Passivhaus errichtet und als Baustandard Solaranlagen installiert.

**Gesundheit: Zukunftsfähige Rheinische Kliniken ja – Privatisierung nein** Diese knappe Aussage ist das erklärte Ziel der Gestaltungsmehrheit, aber keine leichte Aufgabe. Der Notverkauf vieler kommunaler Kliniken zeigt dies. Das von der Koalition initiierte und jetzt vorliegende Gutachten weist Wege auf, wie wir dieses Ziel in bewährter Trägerschaft gleichwohl erreichen können. 2008 wird es darum gehen, die Vorschläge sinnvoll umzusetzen. Die Mit-

arbeiter/innen in den Kliniken wie in der LVR-Verwaltung werden sich auf Veränderungen einstellen müssen – dies wird nicht immer einfach sein. Wir sind aber der festen Überzeugung, dass sich die Anstrengungen lohnen – für die Patient/innen und auch für die Beschäftigten der Kliniken.

Nach Köln und Duisburg gibt es jetzt auch in Solingen ein Kompetenzzentrum, das dazu beitragen wird, die psychiatrische Versorgung von Menschen mit Migrationshintergrund in der Region zu verbessern. Mit dem Haushalt 2008 wird eine weitere regionale Versorgungslücke geschlossen werden.

**Jugend: Perspektiven eröffnen und ausbilden!** Die angestrebte Ausbildungsquote von 7 % und die weitere Qualifizierungsquote von 3 % für Praktika und Volontariate im Landschaftsverband Rheinland wurde erreicht und auch der Anteil von Jugendlichen mit Migrationshintergrund gesteigert. Die im Haushalt 2007 beschlossenen zusätzlichen Plätze für das freiwillige ökologische Jahr, besonders an jugendliche Migrantinnen und Migranten mit Hauptschulabschluss gerichtet, konnten besetzt werden.

**Soziales: Neue und alte Aufgaben stehen an!** Seit Januar ist der LVR zuständig für das Soziale Entschädigungsrecht und die Kriegsopferversorgung; Aufgaben, die bisher von den Versorgungsämtern erledigt wurden. Bis zum Silvestertag wurde daran gearbeitet, dass die rund 200 neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den Versorgungsämtern einen funktionsfähigen Arbeitsplatz im LVR vorfinden, der die Aufgabenerledigung zum Wohle der betroffenen Bürgerinnen und Bürger sicherstellt.

Ein Blick in den Haushalt 2008 zeigt, dass die Anstrengungen nicht nur den Betroffenen mehr Selbstbestimmung geben, sondern sich auch gut rechnen. (Dr. Jürgen Rolle, Andrea Asch, Bernd Paßmann)